

(Wirtschaftsminister Schwarz.)

Meine Damen und Herren! Desgleichen darf der Gedanke — ich glaube, er wurde wiederum von dem Herrn Abgeordneten Nischke und von dem Herrn Abgeordneten Blüher ausgesprochen —, daß man den Arbeiter durch Kleinaktien an dem Betriebe interessieren solle, nicht erst aufkommen. Er findet unter der gesamten Arbeiterschaft nicht einen einzigen Fürsprecher.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man der Auffassung ist, den Arbeiter am Werke zu interessieren, daß man ihn am Gewinn beteiligen will, so ist die Kleinaktie das allerverkehrteste, was man machen könnte. Wenn man schon etwas will, so darf es nicht in Form von aufgezwungenen Wohltaten zur Erscheinung kommen, sondern dann müßte es aus dem Innern der Arbeiterbewegung selbst heraus geboren werden.

Der Herr Abgeordnete Blüher ist nun der Auffassung, daß unser Wirtschaftsleben vor dem Kriege durchaus nicht so schlecht gewesen sei, daß es nun vollständig über den Haufen geworfen werden müsse. Das ist von niemand behauptet worden, daß unser gesamtes Wirtschaftsleben so schlecht gewesen sei, denn ein Teil des Wirtschaftslebens ist ja auch in der Arbeiterbewegung verkörpert. Die Arbeiterbewegung als solche kann man aus dem Wirtschaftsleben nicht ausschalten. Daß aber das Wirtschaftsleben vor dem Kriege heute nach einem verlorenen Kriege wesentlich anders beurteilt werden muß, darüber, meine Damen und Herren, ist sich das Hohe Haus einig.

Gestatten Sie ein paar kurze Bemerkungen dazu, wie die sächsische Regierung glaubt, in der Sozialisierungsfrage vorgehen zu müssen. Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß Ihnen im Laufe der nächsten Wochen ein Gesetzentwurf zugehen wird, der die Schaffung eines Sozialisierungsamtes behandelt. Ob wir das nun Sozialisierungsamt nennen oder Zentralwirtschaftsamt oder Wirtschaftsrat, spielt dabei keine Rolle. Aber dieses Amt wird in erster Linie unser gesamtes Wirtschaftsleben gründlich zu erforschen haben. Es war ein Redner der Sozialdemokratischen Partei, der zum Ausdruck brachte, daß wir über die Bedürfnisse des Volkes recht wenig wissen. Es gibt niemand, keine einzige Stelle, ob es eine Behörde oder sonst welche Stelle sei, die heute auch nur annähernd ein klares Bild liefert, inwieweit die Bedürfnisse des deutschen Volkes vorhanden, inwieweit die Bedürfnisse des deutschen Volkes aus der eigenen Industrie, aus Handel, Verkehr und Landwirtschaft gedeckt werden können, inwieweit unsere Bedürfnisse vom Auslande abhängig sind, inwieweit ein unbedingtes Muß unseres Verkehrs mit dem Auslande besteht. Dieses Gebiet zu erforschen und im Sinne der Sozialisierung zu bearbeiten,

ist eine der hauptsächlichsten Aufgaben des zu schaffenden Amtes. Meine Damen und Herren! Von planlosen Experimenten in dieser oder jener Hinsicht muß von vornherein Abstand genommen werden. Es geht nicht an, heute zu erklären, dieser oder jener Betrieb ist zur Sozialisierung reif. Es würde zuviel verlangt sein, wenn man in ganz bestimmter Form wünschte: nennt die Betriebe, die Betriebsarten, die für eine Sozialisierung sofort in Angriff genommen werden müssen. Wir wollen diese Arbeiten abwarten, wir wollen aber nicht warten, bis das Resultat dieser Forschungen restlos vor uns liegt, sondern wir müssen eingreifen, wo es zum Wohle des Gesamtvolkes geschieht. Ich bin mit dem Herrn Abgeordneten Kraft vollständig einig, daß, wenn man sozialisieren will, es nur geschehen darf, wenn das Gesamtvolk einen Nutzen davon hat. Das ist das Leitmotiv, daß die gesamte Bevölkerung den Nutzen einer Sozialisierung genießt. Wenn der größere Teil des deutschen Volkes, die Arbeiterschaft oder die werktätige Bevölkerung — und ich bitte, ziehen Sie den Begriff „werktätige Bevölkerung“ durchaus nicht so eng, betrachten Sie nicht nur die Teile als werktätige Bevölkerung, die sich bei ihrer Hände Arbeit schmutzige Finger machen, sondern ziehen Sie ruhig alle Geistesarbeiter mit ein — bis heute an den Früchten unseres Wirtschaftslebens nicht partizipieren konnte, zum mindesten nicht in dem Umfange, wie man es diesem Teile zusprechen mußte, so müssen wir die Hebel einsetzen, so müssen wir versuchen, die Gesamtorganisation unseres Wirtschaftslebens umzugestalten. Bei der Sozialisierung müssen alle beteiligten Kreise des deutschen Volkes mitarbeiten. Es ist unmöglich, eine Sozialisierung durchzuführen, wenn man große Teile des Wirtschaftslebens ausschalten wollte, es ist unmöglich, eine Sozialisierung praktisch durchzuführen, wenn wir von vornherein mit unüberwindlichen Schwierigkeiten rechnen müssen, aber durch Gewaltakte diese Schwierigkeiten beseitigen wollten. Unbeschadet dieser prinzipiellen Erklärung muß die Sozialisierung von dem Geiste getragen werden, daß die Gesamtheit an dem Ertrag ihrer Arbeit einen größeren oder einen gerechteren Anteil findet als bisher. Das Sozialisierungsamt muß sich, wenn die Vorschläge unterbreitet werden — ich führe es nur an, damit die Diskussion dadurch etwas abgekürzt wird — zusammensetzen aus Arbeitern, aus Ingenieuren und Kaufleuten, Industriellen und Juristen. Meine Herren! Selbstverständlich darf auch der Gelehrtenstand dabei nicht vergessen werden. Diese Zusammensetzung an und für sich bürgt dafür, daß nicht einseitig der Sozialisierungsgedanke aufgegriffen und verwirklicht wird, es muß diesem Sozialisierungsamt ein Beirat zu-